

Pressemitteilung

Nr. 143/2025

Kiel, 27.06.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Droht Schleswig-Holstein jetzt Habecks nächstes Milliardengrab?

Zur Einschätzung der Energieökonomin Prof. Claudia Kemfert zum LNG-Terminal Brunsbüttel (NDR-Beitrag vom 25. Juni) erklärt die wirtschaftspolitische Sprecherin der SSW-Landtagsfraktion, Sybilla Nitsch:

„Wenn selbst eine der renommiertesten Energieexpertinnen Deutschlands warnt, dass sich das LNG-Terminal in Brunsbüttel nicht rechnen wird, muss auch die Landesregierung endlich aufwachen. Der SSW hat von Beginn an vor den wirtschaftlichen Risiken, den fehlenden Sicherheitsstandards und den klimapolitischen Widersprüchen dieses Projekts gewarnt – nun folgt die wissenschaftliche Bestätigung.

Wie bei Northvolt wurden auch hier Tempo und politische Symbolik über Wirtschaftlichkeit, Planungssicherheit und Transparenz gestellt. Die fossile Nutzung ist bis 2043 erlaubt, eine Umrüstung auf Wasserstoff ist jedoch rechtlich unverbindlich, und auch eine Rückbaupflicht fehlt. Und das, obwohl das Land bereits versteckte Kosten trägt und der Bund über die KfW mit Milliarden eingestiegen ist.

Während beträchtliche Mengen des importierten LNG nicht einmal in Deutschland bleiben, sondern ins Ausland abfließen, wird die teure Infrastruktur über die Gaspreise an die Verbraucher durchgereicht – ohne Preisdeckel, ohne sozialen Ausgleich. Was den Steuerzahlern in Schleswig-Holstein bleibt, ist allein das Risiko: Unaufgeklärte Drohnenflüge, konkrete Sabotageakte an Terminalleitungen und keine Risikoanalyse für ein Gelände,

das mit Atomkraftwerk, Chemiepark, Sondermüllverbrennung und NordLink hochsensibel ist.

Northvolt war kein Einzelfall – auch beim LNG-Terminal in Brunsbüttel wurden Risiken ausgeblendet und das Mehraugenprinzip durch beschleunigte Verfahren ausgehebelt. Die Parallelen sind unübersehbar. Es darf kein 'Augen zu und durch' mehr geben. Wir fordern: Eine umfassende Domino-Risikoanalyse, klare Sicherheitsabstände, Herkunftsnachweise zur Vermeidung russischer Umgehungsgeschäfte und wirksame Sabotageschutzmaßnahmen – alles Maßnahmen, die Bund und Land heute noch auf den Weg bringen könnten.“